

Sachsen seit der Friedlichen Revolution

Tradition, Wandel, Perspektiven

**Herausgegeben
von Konstantin Hermann**

Sonderausgabe
der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Dresden/Beucha • Markkleeberg 2010

Umschlagabbildung:

Ausschnitt aus dem Wandgemälde »Versöhnung« von Werner Juza im Festsaal des Hauses der Kirche/Dreikönigskirche auf der Hauptstraße in Dresden. Dieser Saal diente von 1990 bis 1994 als Plenarsaal des Sächsischen Landtages. (Foto: Steffen Giersch, 2010)

Frontispiz:

Nikolaisäule, Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989, die in der Leipziger Nikolaikirche und auf dem Nikolaikirchhof begann, an dessen Platzende heute die Nachbildung einer ihrer Kirchensäulen steht, Entwurfszeichnung von Andreas Stötzner (siehe dazu auch »Ein Denkmal für die Freiheit?« im Beitrag von Michael Beleites, S. 248)

Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Für den Inhalt tragen Herausgeber und Autoren die Verantwortung. Diese Ausgabe ist nicht für den Verkauf bestimmt. Sie wird für Zwecke der politischen Bildung im Freistaat Sachsen kostenlos abgegeben.

Konstantin Hermann (Hrsg.),
Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven,
Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung,
1. Auflage, Dresden/Beucha • Markkleeberg 2010

Diese Ausgabe ist inhaltsgleich mit einer Buchhandelsausgabe
als Veröffentlichung des Vereins für sächsische Landesgeschichte
im Sax-Verlag (ISBN 978-3-86729-072-2)

© Sax-Verlag, Beucha • Markkleeberg 2010

Michael Beleites

Stasi und kein Ende?

Aufarbeitung der Vergangenheit und ihre Rolle in der Demokratie

Sachsen hat in den letzten 20 Jahren viel für die Aufarbeitung seiner DDR-Vergangenheit getan; mehr als andere ostdeutsche Bundesländer. Wenn man selbst beruflich in diesen Prozess hineingestellt ist, dann kann man die Wirkung der Geschichtsaufarbeitung eigentlich nicht objektiv beurteilen. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass wir fast gar nichts bewirken. Doch inzwischen bin ich optimistischer. Im Vergleich mit denen, die weniger in die Aufarbeitung investiert haben, wird deutlich, dass unser Tun nicht umsonst war. Wenn ich die nun aufgebrochenen Debatten über die DDR-Vergangenheit in Brandenburg verfolge, dann kann ich nur feststellen: Wir sind hier schon ein ganzes Stück weiter. So, wie wir es derzeit in Brandenburg erleben, würde über dieses Thema in Sachsen heute nicht mehr gesprochen. Insoweit kann ich zunächst dankbar feststellen, dass das, was Sachsen hier früher und mehr investiert hat, durchaus seine Wirkung gehabt hat und weiterhin hat.

Wenn ich hier nun eine Art Bilanz der Vergangenheitsaufarbeitung der letzten 20 Jahre zu ziehen versuche, dann soll sich meine Analyse nicht nur auf den Freistaat Sachsen allein beziehen, sondern auf ganz Ostdeutschland. Und ich möchte hier nicht nur die Erfolgsgeschichten erzählen, sondern auch auf Entwicklungen hinweisen, die aus meiner Sicht problematisch sind. Dieser Beitrag versteht sich nicht als ein Bericht, sondern eher als ein Diskursbeitrag.

Impulse aus der Wendezeit

Der Wille zur Aufarbeitung des SED-Staates und seines Stasi-Systems ist älter als der Freistaat Sachsen. Dieser Impuls begleitete die 1989er Revolution von Anfang an. Niemand wollte das alte System beseitigen, ohne seine geheimen Strukturen und Mechanismen offenzulegen. Die Besetzungen der MfS-Bezirksverwaltungen am 4. und 5. Dezember 1989 durch Demonstranten erfolgten in dem Moment, als bekannt geworden war, dass die Stasi Akten vernichtete. Den Bürgerkomitees ging es in erster Linie darum, die Stasi-Akten für eine spätere Aufarbeitung zu sichern. Insoweit war der Impuls zur Aufarbeitung der Diktaturgeschichte der DDR bereits eine der entscheidenden Triebfedern der Revolution. Ungeachtet der Einseitigkeiten, die später zu einer Schiefelage der Aufarbeitung führten, hat die Sicherung der Stasi-Akten eine eminent wichtige Basis für den demokratischen Neubeginn geschaffen.

Die Öffnung der Akten des kommunistischen Geheimdienstes für dessen Opfer ist als das »deutsche Modell« der Diktatur-Aufarbeitung in die Geschichte eingegangen. Im internationalen Vergleich gilt diese Aktenöffnung zu Recht als Erfolgsgeschichte und als beispielgebend. So konnte vielen Tausend Menschen ein gutes Stück der ihnen von der Stasi geraubten Würde zurück gegeben werden. Der oft schmerzhaft Blick in die eigene Akte

brachte Klarheit in das Leben vieler Menschen mit beschädigten Biographien. Nur mit dieser Klarheit war es den einst von der Stasi verfolgten Menschen möglich, darüber offen zu sprechen – nicht zuletzt auch mit denen, die auf der Seite der Stasi standen. Ohne die offenen Akten wäre weder der individuelle noch der gesellschaftliche Dialog über die Schatten der Vergangenheit möglich.

Nachdem ich Anfang 1990 als Bürgerkomitee-Mitglied in Gera meine eigenen Stasi-Akten gesehen hatte, habe ich mich für eine Öffnung der Stasi-Akten für Betroffene engagiert. Es war damals jedem bewusst, dass die Mehrzahl der Stasi-Repressionen im Verborgenen abgelaufen war, insbesondere die verdeckten »Zersetzungsmaßnahmen«. So bezeichnete das MfS die »systematische Organisierung beruflicher Misserfolge« oder die »systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes«.¹ Es ging in erster Linie um eine Vermittlung von Klarheit für die Betroffenen. Man erfährt ja aus den Stasi-Akten nicht nur was war, sondern auch was nicht war; man liest nicht nur, wer einen verraten hat, sondern auch, wer einen nicht verraten hat. Die Betroffenen sollten endlich schwarz auf weiß lesen können, welche berufliche Behinderung die Stasi veranlasst hatte und welche nicht. Sie sollten erfahren, von wem die Stasi ihre Informationen hatte und von wem nicht. Und sie sollten sehen, welche »Inoffiziellen Mitarbeiter« (IM) offensiv und welche zurückhaltend agierten. Für mich selbst war diese Klarheit zwar auch bitter, aber vor allem war sie befreiend. Dass dieses allgemeine Akteneinsichtsrecht für Stasi-Opfer tatsächlich mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz von 1991 Wirklichkeit wurde, gehört aus meiner Sicht zu den größten Erfolgen der friedlichen Revolution.

Der andere Schwerpunkt des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist die Überprüfung von Mandatsträgern und von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf eine frühere Tätigkeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst. Eine Offenlegung der Stasi-IM jenseits der Öffnung von Opfer-Akten war für mich damals kein zentrales Anliegen, aber auch ich war für die Überprüfung. Warum wollten wir 1990 die Überprüfung aller öffentlichen Amts- und Funktionsträger auf eine eventuelle Stasi-Verbindung? Nicht weil wir dachten, dass die Stasi-Agenten die einzigen waren, die für das System der politischen Repression verantwortlich waren. Wir wollten die neuen Beamten und Mandatsträger überprüfen, weil die inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter die unbekannten Unterstützer der Diktatur waren. Dass man die anderen – bekannten – Systemträger der DDR nicht übergangslos zu Repräsentanten der Demokratie machen würde, schien damals selbstverständlich.

Doch im Schatten der Debatten um die IM-Enthüllungen konnten frühere SED-Parteisekretäre, stalinistische Schuldirektoren, militante Kampfgruppen-Kommandeure, dunkelrote Bonzen aus den Räten der Bezirke und betonköpfige Volkspolizei-Chefs schnell Karriere machen. Die von den jeweiligen SED-Führungsebenen eingesetzten Nomenklaturkader hatten jetzt einen entscheidenden Vorteil: In der DDR waren sie – oft per Arbeitsvertrag – zur offiziellen Zusammenarbeit mit der Stasi verpflichtet. Eine Registrierung als »Inoffizieller Mitarbeiter« des MfS kam für all diejenigen nicht in Betracht, die offiziell mit dem Staatssicherheitsdienst zusammenarbeiteten. Den Befund »Gauck-negativ« konnten sie nun ummünzen in »politisch unbelastet«. Mit jedem Jahr trat deren offizielle Nähe zum Stasi-System mehr in den Hintergrund – und heute sind die offiziellen Verstrickungen na-

1 Vgl. MfS-Richtlinie 1/76 über Operative Vorgänge.

hezu ebenso wenig bekannt wie es damals die inoffiziellen waren. Wer als DDR-Funktionär mit der Stasi im Rahmen des «politisch-operativen Zusammenwirkens» kooperierte, also auch Aufträge der Stasi zur Überwachung und Unterdrückung von politisch Verfolgten ausführte, ohne selbst Mitarbeiter des MfS zu sein, bekam von der Gauck/Birthler-Behörde einen «Persilschein». In Sachsen hat diese Schieflage z. B. dazu geführt, dass sich der ehemalige Abteilungsleiter für Staat und Recht der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt im Überprüfungsverfahren des Landtages allein zu den Fragen äußern musste, die mit einer IM-Episode seiner Jugendzeit in Verbindung standen. Die Frage, in welchem Ausmaß er in seiner Funktion bei der SED-Bezirksleitung auch als Auftraggeber der Stasi in Erscheinung getreten war, spielte hier keine Rolle.

Ein weiterer Impuls aus der Wendezeit ist der der Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern politischer Repression. Erst nach und nach drang ins öffentliche Bewusstsein, wie viele Menschen in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert oder anderweitig geschädigt worden waren. Viele in Westdeutschland bereits existierende oder im Osten neu begründete Opferverbände hatten einen sächsischen Bezugspunkt: Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen, das Bautzen-Komitee, der Waldheim-Kameradschaftskreis und die Torgau-Initiative. Plötzlich war offenkundig, was bislang kaum einer wahrgenommen hatte: Die Mehrzahl der großen Zuchthäuser, die für politische Unterdrückung in der DDR bekannt waren, befanden sich auf dem Gebiet Sachsens. Die Unterstützung und Betreuung von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen gehört zu den wichtigsten Aufgaben meiner Behörde. Der Landesbeauftragte als Institution versteht sich hier als eine Verbindungsstelle zwischen Opferverbänden und Initiativen auf der einen und Landtag und Staatsregierung auf der anderen Seite. So konnten viele Fragen des Opfergedenkens und der Rehabilitierung sehr unmittelbar zwischen Betroffenenvertretern und Landespolitik und Landesverwaltung erörtert werden.

Das bis heute wichtigste Thema in der Beratung von Betroffenen ist das der Rehabilitierung und Entschädigung. Mit dem 1992 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurde ehemaligen politischen Häftlingen eine Rehabilitierung durch Gerichtsbeschluss ermöglicht, das heißt die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen der Gerichte des SED-Staates. Eine strafrechtliche Rehabilitierung begründet Ansprüche auf eine Kapitalentschädigung für Haftzeiten, Unterstützungsleistungen für Betroffene in schwieriger wirtschaftlicher Lage und Versorgungsleistungen bei haftbedingten Gesundheitsschäden. In seinem zentralen Kern, nämlich in den Regelungen über die Haftentschädigung, ist das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz für die Betroffenen sehr hilfreich und weitgehend unproblematisch. Zu großen Problemen führt jedoch oft das Verfahren zur Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden. Hier stehen die Verfolgten vor dem Problem, dass sie nachweisen müssen, dass zwischen ihrer damaligen Haft und ihrem heutigen Gesundheitsschaden ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Dieser Nachweis kann in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht geführt werden, auch wenn eine Wahrscheinlichkeit eindeutig auf der Hand liegt. Noch schwieriger als um die Anerkennung der Körperschäden steht es um die Anerkennung psychischer Haftfolgen, wie z. B. der posttraumatischen Belastungsstörungen.

Um die vielfältigen, schwer zu quantifizierenden Begleitschäden der Haft pauschal zu entschädigen und damit den Betroffenen eine angemessene Wertschätzung zukommen zu lassen, wurde im Jahr 1999 der Gedanke einer monatlich zu zahlenden »Opferpension« ins Gespräch gebracht. Zum großen Verdruss der Betroffenen ist ein solches Ansinnen mehrfach im Bundestag gescheitert. Erst nachdem sich der sächsische Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz erneut für eine solche Regelung stark gemacht hatte, gelang es im Jahr 2007, eine Mehrheit dafür zu finden, für Haftopfer, die länger als sechs Monate zu Unrecht inhaftiert waren, eine »besondere Zuwendung« in Höhe von monatlich 250 Euro zu beschließen. Leider wird aber auch hier das ursprüngliche Ziel nicht erreicht. Als eine pauschalisierte *Entschädigung* für reale, aber nicht quantifizierbare *Schäden* hätte die »Opferpension« uneingeschränkt zu einer Würdigung der Geschädigten beitragen können. Als eine einkommensabhängige Ausgleichsleistung kann sie jedoch von vielen nur als eine Hilfsleistung und nicht als eine Entschädigung angenommen werden.

Noch weitaus weniger zu quantifizieren als die zu unrecht erlittenen Haftzeiten und deren Folgen sind die Behinderungen in Bildung und Beruf. Um auch für diese Betroffenenengruppe einen Ausgleich zu schaffen, wurde im Jahr 1994 das Verwaltungsrechtliche und Berufliche Rehabilitierungsgesetz verabschiedet. Beide werden zusammen auch als das »Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz« bezeichnet. Ziel des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ist eine Erweiterung der Zahl der Anspruchsberechtigten über den Kreis der politischen Häftlinge hinaus. Vorgesehen sind Ausgleichsleistungen für diejenigen, bei denen auch andere gezielte Verfolgungsmaßnahmen des totalitären Regimes zu einer gesundheitlichen Schädigung, zu einem Eingriff in Vermögenswerte oder zu einer beruflichen Benachteiligung geführt haben – soweit die Folgen heute noch »unmittelbar schwer und unzumutbar« fortwirken. Diese Ausgleichsleistungen werden bei Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz, bei Vermögensschäden nach dem Vermögens- und dem Entschädigungsgesetz und bei beruflichen Benachteiligungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz gewährt. Der Kern der Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz ist ein Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung. Und auf dieses Gesetz konzentrierten sich auch die meisten Diskussionen um das Entschädigungsrecht. Um die offenkundigen Defizite des beruflichen Rehabilitierungsgesetzes wenigstens ein Stück weit auszugleichen, hat der damalige sächsische Sozialminister, Hans Geisler, eine sächsische Zusatzregelung für »verfolgte Schüler« auf den Weg gebracht. Diejenigen, denen nachweisbar aus politischen Gründen schon in der Schule der Weg zu Abitur und Studium verbaut worden war, bekamen eine besondere Ausgleichsleistung vom Freistaat Sachsen.

Eine Besonderheit des demokratischen Neubeginns in Sachsen ist die innere Verfassung der CDU, die hier seit 1990 Regierungspartei ist. Bei allem, was auch in der sächsischen Union noch an die DDR-CDU erinnert, ist doch eines deutlich: Die sächsische Union hat einen weitaus radikaleren Erneuerungsprozess hinter sich gebracht als die CDU in allen anderen ostdeutschen Bundesländern. Hier haben Menschen aus der Bürgerbewegung wirklich einen nennenswerten Einfluss gewonnen und die Richtung mitbestimmt. Dies hat nicht nur das Klima im Inneren der Partei geprägt, sondern, insbesondere in den 1990er Jahren, auch manche politische Weichenstellung im Freistaat Sachsen beeinflusst. Wenn die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen institutionell sehr gut aufgestellt ist, so sehe ich da einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem weitreichenden Erneuerungsprozess in der CDU.

Institutionen der Aufarbeitung

Was sind nun diese Institutionen zur Aufarbeitung der Diktatur? Hier sind zunächst diejenigen zu nennen, die es in den anderen ostdeutschen Ländern auch gibt: Die Landeszentrale für politische Bildung, die Rehabilitierungsbehörden, das Landesamt zur Regelung offener Vermögensangelegenheiten, den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und – als Institutionen des Bundes – die Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Als eine weitere Bundeseinrichtung kommt das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig hinzu.

Als ein besonderer sächsischer Impuls sind die Gründung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und die Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft zu nennen. Hier hat sich Sachsen dazu entschlossen, die Aufarbeitung der NS-Diktatur und des SED-Unrechts jeweils unter einem Dach zu organisieren. Dabei ging und geht es in keiner Weise um irgend eine Gleichmacherei des Unrechts. Es geht aber durchaus darum, hier eine Aufarbeitung im Miteinander und nicht eine Aufarbeitung im Gegeneinander zu institutionalisieren.

Auch dieser Impuls kam schon aus der Wendezeit: Im Herbst 1989 hatten sich, beseelt vom Geist der ersten freien Demonstrationen, Tausende der Leipziger Montagsdemonstranten an einem Donnerstag mit Kerzen in der Hand auf den Weg in die Leipziger Innenstadt begeben. Sie stellten ihre Kerzen dort ab, wo die Leipziger Synagoge gestanden hatte, die in der Pogromnacht 1938 von Leipziger Nationalsozialisten zerstört worden war. Dies war ein bewegendes Zeichen der inneren Verbundenheit der 1989er Revolution mit den Opfern des Nationalsozialismus. Jener Donnerstag war der 9. November 1989. Es geschah zur selben Stunde, als in Berlin die Mauer fiel. Eine wirklich freie und unabhängige Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Diktatur in den eigenen Städten und in den eigenen Familien, wie sie seit Ende der 60er Jahre in Westdeutschland stattgefunden hat, hatte es in der DDR nämlich nicht gegeben. Nach 1990 sind vielerorts die Erinnerung an die NS-Diktatur und die Erinnerung an die kommunistische Diktatur auf verschiedene, voneinander getrennte Gleise gesetzt worden. Fremdheit und Konkurrenz unter den »Aufarbeitern«, die für beide Seiten abträglich sind, waren die Folge. Neben der einseitigen Fixierung der DDR-Aufarbeitung auf die Stasi ist die Trennung in zwei »Erinnerungskulturen« m. E. eine der wesentlichen Ursachen für die mentalen Verkrampfungen der Ostdeutschen beim Thema Vergangenheit. Trotz der Querelen um die Leitung des Hannah-Arendt-Instituts und trotz des so genannten sächsischen Gedenkstättenkonflikts – ich glaube, dass der in Sachsen eingeschlagene Weg des miteinander Aufarbeitens der richtige ist.

Der polnische Historiker Kazimierz Wóycicki betrachtet es sogar als einen »Geburtsfehler« der Geschichtsaufarbeitung in Ostdeutschland, dass sich die zentrale staatliche Einrichtung der Aufarbeitung, die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, nur mit der Zeit 1945 bis 1989 beschäftigt: »Ich denke, in Ostdeutschland sollte man die Geschichtsaufarbeitung mit 1933 beginnen«, so Wóycicki. Da der Antifaschismus der DDR »eine riesige Manipulation« gewesen ist, sei es »in Ostdeutschland zu keiner echten Debatte über die Verantwortung des Einzelnen im Nationalsozialismus gekommen«. Man könne »nicht mit dem einen Totalitarismus abrechnen, wenn man mit dem anderen noch keine

Abrechnung gemacht hat.«² Insoweit erfordern die Aufarbeitungsdefizite und Manipulationen der DDR zunächst eine besondere und spezifische Anstrengung zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus – die auch die Ursachen des einseitigen Geschichtsbildes der DDR in den Blick nimmt. Heutige Gedenkstättenkonzepte, die ja auf die Zukunft hin ausgerichtet sind, sollten zumindest eine Perspektive aufzeigen, wie die zu Lagerbildung und Konkurrenz tendierende Isolierung der »Erinnerungskulturen« überwunden werden kann. Im Blick auf die Zukunft ist die sächsische »Erinnerungslandschaft« gar nicht so schlecht aufgestellt.

Zur »Erinnerungslandschaft« gehört aber mehr, als nur die staatlichen Aufarbeitungs-Institutionen. Hier gibt es noch das wichtige Feld der sogenannten »gesellschaftlichen Aufarbeitung«. Zur SBZ- und DDR-Thematik arbeiten z. B. das Bautzen-Komitee als Träger der Gedenkkapelle am Gräberfeld neben dem früheren Sowjetischen Speziallager in Bautzen, das Bürgerkomitee Leipzig als Träger des Stasi-Museums in der »Runden Ecke« und der Dresdner Verein »Erkenntnis durch Erinnerung« als Träger der Gedenkstätte Bautzener Straße. Auch die wichtige Arbeit der Archive der Bürgerbewegung in Leipzig, Werdau und Großhennersdorf ist hier zu nennen.

Traditionen der Erinnerung

Es ist wichtig, immer wieder auf die Alltagssituationen der »kleinen Leute« und die Bedeutung der Geschehnisse in den vielen kleinen Städten und Dörfern aufmerksam zu machen. Die kollektive Erinnerung einer Nation oder einer Region braucht aber eine Konzentration auf bestimmte Orte und auf ausgewählte Daten. So merkwürdig die Abhängigkeit der Geschichtsaufarbeitung von den Mechanismen eines Kalenderblatt-Journalismus ist; ein öffentliches Bewusstsein für die eigene Landesgeschichte entsteht offenbar hauptsächlich anlässlich der Berichterstattung über Jahrestage. Es ist bemerkenswert, wie viele neue Erkenntnisse zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zu dessen 50. Jahrestag 2003 plötzlich zu Tage traten. Es war vorher kaum bekannt, welche wichtige Rolle die Städte Leipzig, Görlitz und Dresden beim Juniaufstand von 1953 gespielt haben. In diesen Städten, aber auch in Bautzen, Zittau und Chemnitz, werden seither regelmäßig Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni abgehalten. Ich halte dies für ausgesprochen wichtig, dass nach der Abschaffung des 17. Juni als (west-)deutschem Nationalfeiertag das historische Ereignis nicht dem Vergessen anheim gestellt wird, sondern hier an den Orten des damaligen Geschehens eine lebendige Tradition des Erinnerns entsteht.

Die besondere Erinnerung an den Mauerfall im letzten Jahr hatte mit dessen 20. Jahrestag zu tun – und die verstärkte Erinnerung an den Mauerbau im nächsten Jahr wird mit dessen 50. Jahrestag zu tun haben. Wie komplett aber ein historisches Ereignis von großer Tragweite auch beschwiegen werden kann, wenn es den Redaktionen und politischen Meinungsmachern nicht gefällt, das kann man sehr anschaulich anhand des 50. Jahrestages der Zwangskollektivierung beobachten, den wir dieser Tage begehen. Etwa 20 Prozent der

2 Kazimierz Wóycicki, Vergangenheitsbewältigung und die Freiheitsfrage, in: Tagungsband zum 11. Bundesweiten Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dresden 2007, S. 23 f.

DDR-Bevölkerung waren selbst oder mit ihren Familien von dieser Despotie betroffen, als Walter Ulbricht am 25. April 1960 die »Vollkollektivierung« verkündete. Bis heute leidet die Attraktivität der ländlichen Räume Ostdeutschlands erheblich unter einer sozialistisch geprägten agrarindustriellen Monostruktur. Ja, hier ist die Dominanz der aus den LPG hervorgegangenen Großbetriebe, die in besonderem Maße von Subventionen abhängig sind, geradezu zementiert worden. Der Agrarökonom Klaus Kemper wies kürzlich darauf hin, dass (auch im Westen) die von der Landwirtschaft »tatsächlich erbrachte, also um die Subventionen bereinigte Nettowertschöpfung in dem Maße gesunken« ist, »in dem die Betriebe größer wurden«. Bei einem Herausrechnen der Subventionen habe sich herausgestellt, »dass ausgerechnet die Betriebe und Betriebszweige, die in den Agrarberichten nach offizieller Lesart mit besonders hohen Gewinnen glänzen, ohne Subventionen kaum oder gar nicht lebensfähig wären. Die in Ostdeutschland vorherrschenden Großbetriebsformen sind dafür geradezu beispielhaft – immer wieder ergibt sich der gleiche Sachverhalt.«³ Mag es nun an Befangenheiten oder an Desinteresse liegen; das vielstimmige Beschweigen dieses Themas durch die ostdeutsche Regionalpresse und Landespolitik erinnert fatal an die gleichgeschaltete Presselandschaft und die Tabuisierung brisanter Themen in der DDR.

Doch zurück zur Erinnerung an die friedliche Revolution. Da haben wir in Sachsen einen Tag der es in sich hat, einen Tag, den wir als einen besonderen Erinnerungstag, ja als einen Feiertag etablieren sollten. Bei einer Analyse des gesamten Prozesses der Wendezeit bündelt sich die ganze Breite des Geschehens in seiner Dramatik in einem Tag. Mit Massendemonstrationen, Stasi-Besetzungen, Bürgerkomitees und Runden Tischen haben Menschen aus nahezu allen Orten der DDR in wenigen Monaten die Politbürokratie des SED-Staates überwunden. Auch die Zusammenhänge mit den Freiheitsrevolutionen in Osteuropa und die vielfältige Unterstützung aus dem Westen sollten in der Erinnerung an die Geschehnisse von 1989 einfließen. Ihr Identität stiftendes Potenzial wird der Herbst 1989 allerdings nicht zur Geltung bringen, wenn sich die Erinnerung auf die vielen Einzelereignisse beschränkt. Solange wir uns auf kein gemeinsames, für das ganze Land gleichermaßen herausragendes historisches Datum als »Erinnerungsort« für unsere Selbstbefreiung verständigen, bleibt die Wendezeit von 1989 im öffentlichen Bewusstsein des Volkes unterbelichtet. Ergreifend sind die Bilder vom Mauerfall am 9. November 1989, als die Menschen auf den Straßen tanzten. Unvergessen sind auch die Stasi-Besetzungen am 4./5. Dezember 1989 und am 15. Januar 1990, als vieles auf dem Spiel stand. Befreiend waren schließlich die ersten freien Wahlen am 18. März 1990. Dennoch war das wirklich herausragende Geschichtsdatum der Wendezeit ein anderes: Es war der 9. Oktober von Leipzig. Der 9. Oktober 1989 war der Durchbruch zur ostdeutschen Selbstbefreiung im ganzen Land.

Das Entscheidende an der 89er Wende ist ja, dass es – trotz günstiger außenpolitischer Rahmenbedingungen – eine kollektive Selbstbefreiung war. Die Reformpolitik Gorbatschows hat den inneren Befreiungsprozess der Menschen im gesamten sowjetischen Machtbereich enorm gestärkt. In der DDR waren die Sympathien für Gorbatschow fast schon revolutionär, weil die SED-Führung bis zuletzt an der alten Breschnew-Doktrin festhielt. Der Freiheitswille der Menschen bekam plötzlich Rückenwind aus einer lange gänzlich unerwarteten Richtung. Dennoch, so sehr auch in den Sprüchen »Gorbi hilf!« der alte

3 Klaus KIMPLER, Landpost 1/2010, S. 2–4.

Untertanengeist durchschimmerte, sind die Menschen selbst auf die Straßen gegangen. Es war allen klar, dass wir diesmal nicht von außen befreit werden würden. Die große Chance, die in der Luft lag, erkannte die breite Masse viel früher als die Intellektuellen. Und sie nutzte diese Chance. Es begann die Zeit, als die Vorkämpfer den politischen Forderungen des Volkes hinterher hechelten – und schließlich die Rolle von Moderatoren einnahmen. Diese Rolle sollte allerdings nicht unterschätzt werden; denn ohne die Tradition der kirchlichen Friedensarbeit und den Ost-West-Austausch der Friedensbewegung über gewaltfreien Widerstand wäre die »friedliche Revolution« nicht gewaltfrei verlaufen!

Am 9. Oktober 1989 war in Leipzig eine Bürgerkriegsarmee aus Kampfgruppen, Bereitschaftspolizei und Stasi zusammengezogen. Panzer standen am Stadtrand, alles war vorbereitet für eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste. Mit den von Woche zu Woche anschwellenden Montagsdemonstrationen sollte »endgültig und wirksam« Schluss gemacht werden – und zwar »mit der Waffe in der Hand!« So stand es wenige Tage vorher in der Leipziger SED-Zeitung. Dass dieser 9. Oktober zu einem »Tag der Entscheidung« würde, stand vorher fest, nur welche Entscheidung fällt, war offen. Trotz der offenkundigen Lebensgefahr kamen über 70 000 Menschen. Es wurde die mit Abstand größte Demonstration, die die DDR bis dahin seit dem Juniaufstand von 1953 gesehen hatte. »Keine Gewalt« und »Wir sind das Volk« waren die prägenden Rufe der Demonstranten. Das »Wunder von Leipzig« geschah: Die machtvolle Demonstration zog über den Leipziger Ring, ohne dass die bereitstehenden bewaffneten Einsatzkräfte einschritten. Allein die unerwartet hohe Zahl der Demonstranten zwang das Gewaltpotential des SED-Staates zum Rückzug. Aber auch Aufrufe zur Gewaltfreiheit auf beiden Seiten spielten eine wichtige Rolle.

In Leipzig gab es eine Tradition der montags stattfindenden Friedensgebete seit Anfang der 1980er Jahre. 1989 wurden die Friedensgebete an der Leipziger Nikolaikirche zum Kristallisationspunkt der Montagsdemonstrationen. Sie waren zugleich ein wichtiger Impuls zur Gewaltlosigkeit. Bereits am Wochenende des 7. und 8. Oktober 1989 hatten Großdemonstrationen in Plauen und Dresden einen Rückzug der bewaffneten Einheiten und ein Dialogangebot der Machthaber erreicht. Ob diese zunächst lokalen Erfolge sich auf die gesamte DDR ausweiten ließen oder aber der Aufstand gewaltsam niedergeschlagen wird, sollte sich am darauffolgenden Montag in Leipzig entscheiden. Daher reisten an jenem Tag sehr viele Menschen aus anderen Städten zur Montagsdemonstration nach Leipzig. Leipzig war der Ort des Geschehens, aber die Demonstranten kamen aus nah und fern. Leipzig war die Bühne eines landesweiten Ereignisses!

Der 9. Oktober war weder der Auftakt noch der Abschluss der Selbstbefreiung. Er war der entscheidende Wendepunkt: Vorher hatten sich Bürgerbewegungen gegen das SED-Regime formiert, und es gab es fast täglich neue und größere Demonstrationen, doch fast jede Demonstration war von Polizei und Stasi mit gewaltsamen Übergriffen und Festnahmen aufgelöst worden, es gab zahlreiche Verletzte und massenhaft Misshandlungen von Inhaftierten. Nach dem 9. Oktober konnten sich in der Hoffnung auf einen gewaltfreien Verlauf regelmäßige Demonstrationen auf das ganze Land ausdehnen. Diese Monate lang anhaltenden Massendemonstrationen haben den exponierten »Bürgerrechtlern« das Mandat und die Durchsetzungskraft verliehen, im nun möglichen Dialog mit den Machthabern Reformen zu erwirken, die über Grenzöffnung, Politbüro-Rücktritt und Stasi-Auflösung in rascher Folge zu freien Wahlen und schließlich zum Ende der DDR führten.

Es waren insbesondere die Wochen vor dem Mauerfall, die bei einer Mehrheit der Menschen im Osten Deutschlands mit der Erfahrung verbunden sind, Freiheit und Demokratie selbst errungen zu haben. Da die Freiheit eine Voraussetzung für die Einheit war, markiert nicht der Mauerfall am 9. November 1989, sondern der Leipziger 9. Oktober die historische Zeitenwende: Das Ende des Kalten Krieges und des Sowjetkommunismus, das Ende des »Jahrhunderts der Diktaturen« in Europa und das Ende der deutschen wie der europäischen Teilung – ebenso wie den Anfang einer freien und demokratischen Entwicklung in einem vereinigten und demokratischen Europa.

Das Entscheidende dieses bahnbrechenden Ereignisses besteht aber nicht nur in seiner Wirkung und seiner historischen Konstellation. Entscheidend war ebenso die unglaubliche Kraft und Motivation der beteiligten Menschen. Es waren Individuen, die sich – jeder für sich allein – dafür entschieden hatten, trotz der bedrohlichen Gefahren in die Leipziger Innenstadt zu kommen. Das »Wunder von Leipzig« war nur möglich, weil 70 000 Menschen bewusst ihr Leben riskiert haben! Wo sonst sind Bürgermut und die Kraft gewaltfreien Widerstands eindrucklicher demonstriert worden als an jenem Schicksalstag in Leipzig?

Der 9. Oktober 1989 steht für Freiheit, für Gewaltlosigkeit, für Zivilcourage, für Solidarität und für die Zeitenwende am Ende des 20. Jahrhunderts. Dieser Tag symbolisiert vieles, auf das wir in Deutschland und Europa stolz sein können. Der 9. Oktober war ein Ereignis, mit dem sich alle, denen die genannten Werte etwas bedeuten, identifizieren können – ein Tag, der die Menschen nicht trennt, sondern eint. Es war denkbar knapp, aber es fiel kein Schuss an jenem Tage. Der 9. Oktober ist kein Tag zum Gedenken, sondern ein Tag zum Feiern. Warum soll er eigentlich nicht Feiertag werden? Vielleicht sogar ein deutscher Nationalfeiertag, der eine Geschichte hat, die eine Geschichte von unten ist, eine, die die Menschen selbst geschrieben haben? Ich schlage daher vor, den 9. Oktober als ein herausragendes und gemeinsames Geschichtsdatum in den Mittelpunkt der Erinnerung an die Selbstbefreiung zu stellen.

Aufarbeitung und Bildung

Als ich im Jahr 2001 damit begann, zur Stasi-Thematik Schülerprojekte und Lehrerfortbildungen anzubieten, war das Interesse an sächsischen Schulen gering. Oft gab es sogar eine deutliche Abwehr dem Thema gegenüber. Dies hatte natürlich mit Befangenheiten der Lehrer zu tun, die mehrheitlich schon in der DDR unter der Volksbildungsministerin Margot Honecker Lehrer waren. Aber auch die Schüler interessierten sich nicht sonderlich für dieses Thema. Diese Situation hat sich seit knapp fünf Jahren völlig verändert. Heute gibt es eine sehr große Nachfrage nach ergänzenden Bildungsangeboten zur DDR-Diktatur. Inzwischen reichen unsere geringen personellen Kapazitäten nicht mehr aus, um allen Anfragen aus sächsischen Schulen nachkommen zu können. Interessant ist nicht nur die nun immer öfter erlebbare Unbefangenheit der Lehrer, sondern auch das gewachsene Interesse bei den Schülern. Manchmal wird deutlich, dass sie sich deswegen genauer für die politischen Zusammenhänge in der DDR interessieren, weil sie ihren Eltern, Großeltern oder Lehrern kritische Fragen stellen wollen. Einen vergleichbaren Bruch der Jugend mit den Mitläufergenerationen ihrer Eltern und Großeltern, wie 1968 in der Bundesrepublik, gibt es hier

sicher nicht. Dass aber auch hier erst reichlich 20 Jahre nach dem Ende einer Diktatur das Eis des Beschweigens bricht, ist unverkennbar. Was hat nun in einer solchen Situation die Bildung auf dem Felde der Aufarbeitung zu leisten? Und was sollte zeitgeschichtliche Bildung in einer solchen Lage unterlassen?

Zunächst muss man aufpassen, dass man die Diktatur nicht nur anhand der Extremsituationen beschreibt – und es dabei unterlässt, aufzuzeigen, wie sich die Diktatur im Alltag der breiten Masse anfühlte. Die bisherige Geschichtsaufarbeitung zur DDR-Geschichte beschränkt sich meist auf die Extreme. Auf Täter und Opfer. Auf der einen Seite wird die Rolle der Stasi-Mitarbeiter beleuchtet, auf der anderen Seite die Situation der Stasi-Opfer. Das war in den ersten Monaten und Jahren nach dem Ende der DDR ganz, ganz wichtig, weil diese beiden Seiten im Lebensalltag der Menschen in der DDR unsichtbar geblieben waren. Hier galt es, im Nachhinein etwas sichtbar zu machen, was ein wichtiger Bestandteil der DDR gewesen ist, aber bislang verdeckt worden war.

Aber was bewirkt dieses Bildungskonzept heute? Diejenigen, die man als Täter und als Opfer des politischen Repressionssystems betrachten kann, machten zusammen weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus. So wichtig es ist, über diese Extreme zu berichten, so fatal ist es, wenn nur über diese Extreme berichtet wird. Dann bleibt nämlich die Frage unbeantwortet, wie die übrigen 98 Prozent der DDR-Bevölkerung diese Diktatur erlebt haben. Es bleibt vor allem die Frage unbeantwortet, warum 1989 eine übergroße Mehrheit dieses System satt hatte. Eine Erinnerung an die Selbstbefreiung der Ostdeutschen verliert sich im Nichts, wenn sie nicht zuerst daran erinnert, *wovon* sich die Menschen befreien wollten. Bei einer Darstellung der DDR anhand des Täter-Opfer-Schemas wird normalerweise noch nicht einmal auf die SED-Mitglieder eingegangen, die immerhin knapp 20 Prozent der Erwachsenen ausmachten. Und noch weniger wird auf die Alltagssituation der sogenannten »Normalbevölkerung« eingegangen. Das, was die SED-Diktatur ausmachte, war der allgegenwärtige Anpassungsdruck; die subtile Nötigung zu äußerlicher Anpassung bis hin zur handfesten Verstrickung in das System. Viele bezeichnen die DDR zu Recht als eine »Mitmach-Diktatur«. Demzufolge war die entscheidende Stütze des Systems die Mitläufer-Gesellschaft.

Jeder, der sich nicht auf der Seite der Stasi-Opfer wiederfinden wollte, musste Tag für Tag Kompromisse machen. Man musste den Massenorganisationen beitreten, obwohl man sich ihnen nicht zugehörig fühlte. Noch schlimmer: Als Kind *wollte* man den Pionieren beitreten, um nicht Außenseiter zu werden. Nach diesem Prinzip vollzog sich das ganze Leben in der DDR. Wer nicht isoliert werden oder seine ganze berufliche Entwicklung aufs Spiel setzen wollte, hat mitgemacht. Man ging zu den Scheinwahlen, obwohl man es weder wollte noch offiziell musste. Wenn man aber nicht ging, stand man auf dem Index der Stasi. Man ging mit dem ganzen Arbeitskollektiv zu den Aufmärschen am 1. Mai und winkte den Bonzen auf der Tribüne zu, so peinlich das auch war. Schließlich hätte ein Fernbleiben einen Schatten auf die sozialistische Brigade werfen können – und dann hätte man sich den Zorn der Kollegen zugezogen. Oft hatte man nicht nur abzuwägen, was man selbst auf sich nimmt, sondern auch, welches Risiko man seinen Angehörigen auferlegt. Überall galt das Prinzip der Sippenhaft. Wer sich der Anpassung verweigerte, musste damit rechnen, dass seine Kinder nicht studieren dürfen oder seine Eltern keinen Reisepass bekommen. Jahrzehnte unüberzeugter Anpassung bei der Bevölkerungsmehrheit haben tiefe mentale

Spuren hinterlassen. Spuren, die heute noch sichtbar sind. Vor allem hat die umfassende Nötigung zu Anpassung und Verstrickung eine tief sitzende Befangenheit bewirkt, wenn es um die DDR-Vergangenheit geht. Die einseitig Stasi-betonte DDR-Aufarbeitung macht indirekt allen ein schlechtes Gewissen, die nicht Oppositionelle waren und Opfer wurden.

Doch die kollektive Selbstbefreiung der Ostdeutschen in der Wendezeit war nicht die alleinige Angelegenheit der Oppositionellen. Die Wende war eine wirkliche Umkehr der Massen. Sie war auch ein Bruch mit dem eigenen Mitläufer-Verhalten. Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen wollte so nicht mehr leben. Eine Erinnerung an die Wendezeit muss die Veränderung wertschätzen, die die Mehrheit vollzogen hat. So wichtig die Rolle der Oppositionellen bei der Anbahnung der Massenproteste und vor allem für deren gewaltfreien Verlauf war; die entscheidenden Träger der revolutionären Ereignisse waren die vorher angepassten Massen, die nun ihre Angst verloren hatten und ihren Protest auf die Straße brachten. Es darf nicht zuerst die Beständigkeit der wenigen Hundert Oppositionellen gewürdigt werden, die vorher schon »auf der richtigen Seite standen«. Zuerst muss die große Veränderung der Masse gewürdigt werden, die trotz ihrer vielfältigen Verstrickungen und Befangenheiten aufbegehrte.

Politische Bildung sollte den Anspruch haben, die Veränderung von Menschen wertzuschätzen, anstatt sie immer wieder auf die Positionen festzunageln, die sie vor 25 Jahren unter dem Anpassungsdruck einer Diktatur vertreten haben. Für diejenigen, die der Nötigung zur Anpassung erlegen waren oder aber damals tatsächlich an das Heil des Sozialismus geglaubt haben, ist es ein schwieriger Prozess, die alten Befangenheiten zu überwinden. Für die ostdeutsche Gesellschaft ist das aber ein ausgesprochen notwendiger Prozess! Um ihn zu befördern, müssen wir in erster Linie über das Wirken der Diktatur im Alltagsleben der DDR sprechen. Wir müssen über Schwächen und Stärken der Betroffenen sprechen – und immer wieder über individuelle Veränderungs- und Umkehrprozesse, egal ob sie vor, während oder nach der politischen *Wende* stattgefunden haben. Wenn alle, die heute den freiheitlichen Rechtsstaat unterstützen, so tun sollen, als hätten sie das schon immer getan, gleicht das einer Aufforderung zur Heuchelei. Dass Menschen sich ändern, ist nichts Verwerfliches. Es ist schließlich auch das tragende Prinzip der Demokratie. Sonst müsste man nicht immer wieder neu Wahlen abhalten. Wenn den individuellen Veränderungsprozessen mit einer größeren Wertschätzung begegnet wird, dann wird vielleicht auch manch einer aufrichtiger und öffentlicher mit den problematischen Seiten seiner eigenen Vergangenheit umgehen. Aber ich will den schwarzen Peter nicht allein einer politischen Bildung zuschieben, die sich allzu gern auf die Extreme der Stasi-Täter und Stasi-Opfer beschränkt. Hier ist auch die destruktive Rolle der Medien zu benennen, die sich nur für das interessieren, was sich skandalisieren lässt.

Für die meisten Ostdeutschen ist es eigentlich völlig selbstverständlich, sich auch selbst verändert zu haben. Vielleicht ist das Wort »Wende« bei der Bevölkerungsmehrheit auch deshalb so beliebt, weil es den Einzelnen mit dem politischen Prozess verbindet. Die Wende hat man nicht nur unterstützt oder herbeigeführt, wie eine Revolution. Eine Wende hat damals auch fast jeder für sich selbst vollzogen. Und das scheint mir ein ganz wichtiges Element der Erinnerung zu sein: Man muss die individuelle Wende der Millionen vorher angepasster Menschen mit dem politischen Prozess der Wende zusammen denken – der ja nicht zuletzt als eine millionenfache und nahezu synchrone Akkumulation individueller Umkehr

verstehbar wird. Die Rede von einer Revolution fragt stets nach Revolutionsführern – die es 1989 wirklich nicht gab. Eine Wende, die sich aus unzähligen synchron ablaufenden individuellen Umkehrprozessen ergibt – und die dennoch insgesamt mehr ist, als nur die Summe dieser Einzelprozesse –, die braucht keinen Führer. Im Gegenteil: Sie wäre keine Wende, wenn sie sich nur einem Führer verdankte. Angeführte Umbrüche sind immer irgendwie künstlich. Ein geschichtlicher Veränderungsprozess, der sich im Sinne Oswald Spenglers⁴ wie ein natürlicher Evolutionsprozess⁵ darstellt, verdankt sich keinem Führer, sondern meist einem überindividuellen Zeitgefühl. Die internationalen Freiheitsimpulse von 1968 und 89 sind dafür die besten Beispiele.

Aufarbeitung und Demokratie

Dort, wo es in den Schulen Vorbehalte gegenüber unseren Bildungsangeboten zur DDR-Diktatur gibt, frage ich stets nach, woher die Ablehnung kommt. Was ich dann von Schülern immer wieder zu hören bekomme, gibt mir sehr zu denken. Ja, es waren Schüler, mit denen ich darüber sprach, weil Lehrer mit grundsätzlichen Vorbehalten mich ja gar nicht erst in eine Schule einladen. Und die Schüler begründen ihre Abneigung nahezu übereinstimmend wie folgt: Wir wissen doch schon vorher, worauf sie hinauswollen; dass in der DDR alles schlecht war und heute alles bestens ist. Sie werden sich schon die Themen so vorsortiert haben, dass sie nur die Dinge zur Sprache bringen, bei denen die DDR schlechter abschneidet als der Westen. Warum sollen wir uns diese DDR-Geschichten anhören, wenn sie nur dazu hergenommen werden, um unser heutiges System in ein rosarotes Licht zu stellen?

Vor einem solchen Hintergrund erscheint es äußerst bedenklich, wenn der Bildungsarbeit ein Leitbild zugrunde liegt, wonach man die Aufarbeitung der Diktatur zum Zwecke der Legitimation der Demokratie betreibt. Ich glaube, dass die politische Bildung zur DDR-Geschichte der letzten Jahre da wenig hilfreich war. Die Bildungsangebote für Schüler hatten – ob gewollt oder ungewollt – viel zu sehr einen legitimatorischen Charakter. Es wurde der Eindruck vermittelt, als sei die Bundesrepublik in ihrer heutigen Verfassung *deswegen* legitim, *weil* die DDR und die Stasi nicht legitim waren. So fühlen sich viele an die instrumentalisierte Darstellung des NS-Unrechts in der DDR erinnert. Es hat damals zu Recht Abwehr und Verdruss erzeugt, als sich die DDR aus dem Verweis auf das NS-Unrecht ihre eigene Legitimation abgeleitet hat. Ähnlich verfehlt wäre es, wenn man heute den Eindruck erweckt, als würde die Demokratie ihre Legitimation aus dem Verweis auf das DDR-Unrecht ableiten. Nein, die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist notwendig, um diese DDR-Geschichte zu verstehen. Die heutige Demokratie muss sich an den heutigen

-
- 4 Oswald SPENGLER, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, Düsseldorf 2007 (Originalausgabe 1923 in der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung, München). Nach Spenglers Philosophie besitzt jede Kultur eine eigene Seele, sie wird geboren, erblüht in einer Phase der Hochkultur, um schließlich in einem Degenerationsprozess zur »Zivilisation« zu werden. Spengler sieht das Abendland in jener letzten Periode, in der eine Kultur auf ihren eigenen Tod zugeht.
 - 5 Mit »natürlicher Evolution« meine ich nicht die Darwinsche Fiktion einer »Zuchtwahl« im »Kampf ums Dasein«, sondern die in einer Gesamtpopulation gleichsinnig und mehr oder weniger synchron ablaufenden Veränderungsprozesse, so wie sie sich in freier Natur tatsächlich abspielen.

Herausforderungen messen lassen, nicht an untergegangenen Diktaturen! Heute wird oft die Unterrichtung über die DDR oder das NS-System damit begründet, dass es zur (heutigen) Demokratie keine Alternative gäbe außer eine Diktatur. Eine politische Bildung, die Diktatur als einzige Alternative zur Demokratie verkauft, läuft aber in die Irre. Sie ist nicht nur beschränkt, weil es in Deutschland vor 1918 politische Systeme gab, die weder Diktatur noch Demokratie waren. Eine solche Darstellung ist auch gefährlich. Wenn nämlich unsere Demokratie tatsächlich einmal in eine ernste Krise gerät, dann denken alle nur noch in Richtung Diktatur. Und dann müsste man feststellen, dass die Art politischer Bildung, wie wir sie betrieben haben, genau das Gegenteil von dem bewirkt hat, was sie bewirken wollte: Dann könnten nämlich – mangels alternativer Ideen – die braunen oder dunkelroten Ideologien der Vergangenheit plötzlich wieder salonfähig werden.

Warum sollte Demokratie nicht auch anders strukturiert sein, als hier und heute? Warum sollte es nicht auch freiheitliche Alternativen zur Demokratie überhaupt geben? Bei allem, was uns an der Demokratie als der politischen Geschäftsordnung der marktwirtschaftlichen Globalisierung existenziell erscheint, darf man doch nicht übersehen, wie sehr sie zu Lasten kommender Generationen und der Natur geht. Wenn man die Ursachen der heutigen Staatsverschuldung analysiert oder darüber nachdenkt, warum das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht in praktische Politik umsetzbar ist, dann kann man durchaus über das Für und Wider der Demokratie nachdenken – und zwar ohne dabei automatisch zum Fürsprecher von Diktaturen zu werden. Auch der Teil der DDR-Oppositionellen, der in den 80er Jahren über einen »Dritten Weg« nachgedacht hat, hat sich der abwegigen Logik »Diktatur oder Demokratie« verweigert.

Nicht irgendein damaliger Bürgerrechtler, sondern der langjährige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hat im letzten Jahr in einem Spiegel-Interview die Dimension des Problems deutlich gemacht. Biedenkopf sagt: »Die Industrieländer folgen seit mindestens drei Jahrzehnten einem verfehlten Wachstumsbegriff. Das Wachstum ist zum Fetisch geworden, mit all den irrationalen Konsequenzen, die wir heute als Ausbeutung der Umwelt, Zerstörung des Klimas und Belastung nachfolgender Generationen erleben. [...] Ohne Wachstum lassen sich demokratische Staaten nicht regieren, hieß es schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1978. War das Wachstum zu gering, musste es deshalb durch sogenannte wachstumsfördernde Maßnahmen »gefördert« werden, finanziert mit Staatsverschuldung.«⁶ Vielleicht ist es an der Zeit, ohne Denkverbote an die Debatten über einen *Dritten Weg* aus der Vorwendezeit wieder anzuknüpfen?

Der deutsch-deutsche Diskurs der Friedens- und Umweltgruppen der 80er Jahre über einen Dritten Weg ist ja völlig zu Unrecht pauschal als »pro-sozialistisch« diffamiert worden. »Dritter Weg« bedeutete für uns: *weder sozialistisch noch »kapitalistisch«* (wie wir das westliche Modell damals bezeichneten). Von der Stasi bin ich als »verfassungsfeindlich« bezeichnet worden, weil ich mich für einen Dritten Weg ausgesprochen hatte – und damit eindeutig gegen den Sozialismus. Von den Chronisten der friedlichen Revolution wird dieser Ansatz nun als »pro-sozialistisch« dargestellt, weil er auf Distanz zum westlichen Modell blieb. Wer das bipolare Weltbild des Kalten Krieges einmal verinnerlicht hat, kann sich

6 Kurt BIEDENKOPF, Jahrhundert der Bescheidenheit. Interview in: Der SPIEGEL 31, 2009, S. 68–70; hier S. 69.

vermutlich auch gar nichts anderes vorstellen. In den oppositionellen Gruppen der DDR diente der Sozialismusbegriff meist nur als Schutzbehauptung, um nicht dauernd mit dem üblichen »dann geh doch rüber« konfrontiert zu werden. Ich habe in diesen Gruppen vor 1990 nie Debatten über eine Definition des Sozialismus erlebt, die es ja hätte geben müssen, um dann zu entscheiden, ob man einen Sozialismus will oder nicht. In einer tabufreien Gesprächsatmosphäre könnte nun die Frage auftauchen, ob nicht die heutige *funktionelle* Rolle des Demokratiebegriffs manchmal an die damalige *funktionelle* Rolle des Sozialismusbegriffs erinnert; dass nämlich Bekenntnisse einer Definition vorausgehen – und diese dann erübrigen?

Es ist eine politische Realität der Gegenwart, dass die Nichtwähler die zahlenmäßig größte politische Kraft sind. Die derzeitigen Gegenkonzepte gehen alle in Richtung auf eine bestimmte Art politischer Bildung. Man meint, die politischen Verbrechen der braunen und der roten Diktatur müssen noch umfassender und noch drastischer dargestellt werden. Doch wer sagt denn eigentlich, dass die Demokratieverdrossenheit eine Diktaturverliebtheit ist. Ich glaube das nicht. Der Philosoph Klaus Michael Meyer-Abich meint, es gibt legitime Gründe, »[...] über neue, die längerfristige Verständigung anstrebende Politikformen nachzudenken«. ⁷ Meyer-Abich betont, dass die Allgemeininteressen etwas völlig anderes sind als die Summe der Einzelinteressen – und dass eine zukunftsfähige politische Ordnung diesen Unterschied berücksichtigen müsse. Er stellt aber zugleich fest: »[...] ich sehe keinen Leidensdruck zur Neubildung einer politischen Gemeinschaft, auf die es eigentlich ankäme, um den Zerfall aufzuhalten und die Allgemeinheit nicht nur vor den Partikularegoismen zu schützen, sondern regelrecht zu regenerieren. Uns fehlen also nicht nur die der Industriegesellschaft angemessenen staatlichen Institutionen, sondern es mangelt sogar an dem politischen Bewußtsein, in dem sich ein allgemeiner Wille zur staatlichen Erneuerung bilden könnte.« ⁸ Zu Recht wird immer wieder Winston Churchill zitiert, der gesagt hat: »Demokratie ist die schlechteste Form von Regierung, mit Ausnahme all der anderen, die ausprobiert wurden.« Aber ist es klug, es dabei bewenden zu lassen – für alle Zeit?

Lehren aus der Wendezeit

Es trifft zu, dass der Selbstbefreiung der Ostdeutschen etwas fehlte, mit dem sich die Beteiligten kollektiv identifizieren konnten. Während die politischen Veränderungen in den anderen Ostblock-Ländern immer auch als eine nationale Befreiungsbewegung erlebt wurden, insbesondere in den bis dahin der Sowjetunion angehörenden baltischen Ländern, stand uns Ostdeutschen die eigene Nation als Identifikationsgegenstand nicht zur Verfügung. Und dies lag nicht nur an der Diskreditierung alles Nationalen durch die verbrecherische NS-Geschichte Deutschlands, sondern auch daran, dass dasjenige, was wir befreien wollten, ja nur ein Viertel bzw. ein Fünftel der deutschen Nation ausmachte. Das nahelie-

⁷ Klaus Michael MEYER-ABICH, *Praktische Naturphilosophie. Erinnerung an einen vergessenen Traum*, München 1997, S. 442.

⁸ Ebd., S. 438.

gende Ziel war also die Überwindung der deutschen Teilung. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands war dann auch die wichtigste politische Idee der Wendezeit, wenngleich sie weder neu noch für die ostdeutsche Bürgerbewegung originär war. Bald zeichnete sich ab, dass an einem Beitritt der ostdeutschen Länder zur bestehenden Bundesrepublik kein Weg vorbei führte. Alles andere hätte die Fluchtwelle von Ost nach West vollends ausufern lassen.

Utopiefreie Revolution?

Damit war dann aber auch klar, dass es hier nichts mehr neu zu gestalten gab. Nahezu alle politischen, rechtlichen, verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Strukturen konnten aus dem Westen übernommen werden. Dies war einerseits ein riesengroßes Geschenk. Man musste nun nicht ewig herumprobieren; man konnte allerorten auf Erprobtes zugreifen. Aber diese Situation war auch ein großer Verlust für alle, die sich von der neu errungenen Freiheit Spielräume für kreative Gestaltung erhofft hatten. Alles, was im Prozess einer gemeinsamen Neugestaltung eine neue Identität hätte stiften können, war schon fertig. Ich erinnere mich noch gut, wie ich Anfang der 1990er Jahre in Litauen erlebte, als dort die ersten eigenen Geschichtsbücher in die Schulen eingeführt wurden. Dem war ein breiter gesellschaftlicher Prozess vorangegangen, was denn nach der Abschaffung der sowjetischen Lehrpläne an Geschichte zu vermitteln sei. Als dann die Geschichtsbücher fertig waren, war das ein großes Ereignis für das ganze Volk. Man hatte die eigenen Geschichtsbücher aus eigener Kraft selbst geschaffen. Dies gab den Menschen ein weiteres Stück Identität, dass sie wiederum mit der Befreiungsbewegung der Jahre von 1989 bis 1991 verband. Wie anders war das dagegen bei uns mit den neuen Geschichtsbüchern. Wir konnten viel früher auf die sozialistischen Lehrbücher verzichten, weil wir bereits fertige Lehrbücher aus dem Westen bekamen. Aber wer hat sich dann noch für die Schaffung neuer Geschichtsbücher interessiert? Brauchten wir überhaupt spezifisch ostdeutsche Geschichtsbücher, wo wir doch die deutsche Einheit wollten? Einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die Frage, welche Geschichte wir unseren Kindern vermitteln wollen, hat es hier jedenfalls nicht gegeben. Und dies ist nicht nur Glück (weil das keiner neuen Anstrengung bedarf), sondern auch Unglück (weil der Anspruch auf eine kreative Mitgestaltung unserer eigenen Angelegenheiten in Vergessenheit gerät).

Noch problematischer als die von der Mehrheit der Ostdeutschen weitgehend als fremd und alternativlos empfundene Nachwendegeschichte ist aber der verbreitete Irrtum, die »Friedliche Revolution« sei von Anfang an von diesem Ziel geleitet gewesen. Die Wendezeit wird oft so dargestellt, als habe diesem Aufbruch keinerlei eigener Gestaltungswillen innewohnt. In den großen Büchern und Reden über die DDR-Opposition und die 89er Revolution von Ehrhart Neubert und Richard Schröder erscheint die Vorwendezeit im Rückblick eingetaucht in die Farben der weitreichenden politischen Alternativlosigkeit der Nachwendezeit. Die inhaltlichen Ansätze der DDR-Opposition werden so im Nachhinein abgewertet, oder – zumindest indirekt – für erledigt bzw. für irrelevant erklärt.

Ilko-Sascha Kowalczyk spricht in seinem bemerkenswerten Buch »Endspiel« von 2009 aus, was Neubert, Schröder und andere bisher nur umschrieben haben: Er bezeichnet die

Wende von 1989/90 als »utopiefreie Revolution«.⁹ Da muss man sich nicht wundern, wenn die von Rainer Eckert geforderte »Meistererzählung« über den 9. Oktober 1989 als das entscheidende Geschichtsdatum jener Zeit nicht aufgegriffen wird. Die sich nun verbreitende Meistererzählung von der »utopiefreien Revolution« ist die von politischer Alternativlosigkeit; eine von der Vollendung des Politischen in seiner Selbstüberwindung, eine von der Aktivität hin zur Passivität, eine vom Aufbruch zum Stillhalten, eine vom Zusammenschluss zur Vereinzelung. Eine solche Erinnerung an den Herbst 1989 ist historisch falsch und politisch selbstmörderisch.

Revolutionär heißt – egal ob auf politischem, wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiet – neu gestaltend. Eine Revolution ist nicht nur die Zerstörung von etwas vorhandenem Alten, oder gar nur die Überwindung von etwas bereits Sterbendem oder Abgestorbenem, sich in Auflösung Befindlichem, sondern vor allem ein schöpferischer Prozess im Blick auf die Schaffung von etwas Neuem. Und genau hier liegt der Unterschied zur Wende von 1989/1990. Wir hatten durchaus Utopien, aber wir haben es nicht vermocht, dem Fertigen, das aus dem Westen kam, auch etwas Neues hinzuzufügen. Insoweit hatten wir keine utopiefreie Revolution, aber eine Revolution, die ihr – zugegebenermaßen geringes – schöpferisches Potential nicht umsetzen konnte. Und eine nichtschöpferische Revolution ist eigentlich keine Revolution.

Wenn wir nun nach dem schöpferischen Potential der 89er Bewegung fragen, dann ist dies in seiner unmittelbaren Vorgeschichte unübersehbar: Die inhaltliche Arbeit der oppositionellen Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen der 80er Jahre verliert sich nicht irgendwo im Nichts. Sie schlägt sich in gebündelter Form in den Ergebnissen der Ökumenischen Versammlung der Kirchen nieder, die 1988 in Dresden und Magdeburg und 1989 wieder in Dresden tagte. Die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung mündeten unmittelbar in die Konzepte und Programme der verschiedensten neuen demokratischen Initiativen der Wendezeit ein. Bis heute werden die Arbeitstexte der Ökumenischen Versammlung auch als »das Programm der Bürgerbewegung« bezeichnet.¹⁰ Selbst in der Verfassung des Freistaates Sachsen findet sich die Formel der Ökumenischen Versammlung von »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« als Leitbild in der Präambel. Die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung von 1989 sind nicht das alleinige Produkt von einigen intellektuellen Kirchenleuten. Damals sind die Kirchengemeinden des gesamten Landes gebeten worden, sich zu den drängenden Fragen der Zeit zu positionieren. So gingen aus allen Teilen der DDR – und auch weit über die kirchlichen Kreise hinaus – Stellungnahmen und Meinungen von der Basis ein, die von zahlreichen Arbeitsgruppen in Texte eingearbeitet wurden, welche von der dritten Ökumenischen Vollversammlung im Frühjahr 1989 hier in Dresden verabschiedet wurden.

Was waren nun die wichtigsten inhaltlichen Impulse, die der ökumenische Prozess zu Tage befördert hat? Zunächst fällt auf, dass der Bezugsrahmen nicht die Bundesrepublik, sondern die Welt ist. Die Erziehung zu Konformismus und Opportunismus in der DDR wird kritisiert, weil der Bürger so »[...] viel zu wenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten kann. Dadurch wird die Lösung anstehender sozialer, ökologischer

9 Ilko-Sascha KOWALCZUK, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 539.

10 So z. B. Uta Dittmann in der Ausstellung »10 Jahre friedliche Revolution« des Sächsischen Landtages.

und ökonomischer Probleme in unserem Lande behindert, zugleich aber auch der Blick auf die weltweiten Probleme verstellt, in die auch wir unauflösbar verflochten sind.«¹¹ Auch bei der Analyse der ökologischen Krise hat man nicht Nabelschau betrieben und Bitterfeld, Leuna und die Wismut in den Mittelpunkt gestellt, sondern die globalen Zusammenhänge benannt. Man hat nicht allein auf die Möglichkeiten eines technischen Umweltschutzes verwiesen, sondern die tieferen Ursachen der Krise benannt: »Wenn [...] gegen alles vernünftige Lebensinteresse unsere Mitwelt zerstörerisch ausgebeutet wird, so liegt das an der Vergötzung von Wohlstand und Wirtschaftsmacht und des sie garantierenden Wirtschafts- und Industriesystems, das uns gefangennimmt.«¹²

In den Texten der Ökumenischen Versammlung wird die DDR-Situation nicht am westeuropäischen Wohlstand gemessen, sondern an den globalen Zukunftsfragen, die seit der Debatte um die »Grenzen des Wachstums«¹³ seit den 1970er Jahren diskutiert werden. Wenn man nun davon ausgeht, dass die inhaltlichen Impulse der 89er Revolution am ehesten in den Arbeitspapieren der Ökumenischen Versammlung zu finden sind, so verwundert es natürlich, dass sich keiner der »Bürgerrechtler«¹⁴ zu Wort meldet, wenn Anfang des Jahres 2010 ein »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« auf den Weg gebracht wird. Überhaupt fällt auf, dass bei der großen öffentlichen Präsenz des Themas »20 Jahre Friedliche Revolution« im Jahr 2009 keiner der Akteure von 1989 eine Verbindung zu den aktuellen Herausforderungen hergestellt hat. Schließlich ist die Frage nach den »Grenzen des Wachstums« aktueller denn je. Heute geht es aber nicht nur darum, ob wir unseren Enkeln Ressourcen und eine lebenswerte Umwelt hinterlassen, sondern auch darum, ob sie bei dem gigantischen Schuldenberg, den wir ihnen hinterlassen, überhaupt noch Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die Wendezeit von 1989/90 war getragen von einem tabufreien Diskurs über Zukunftsfragen. Wenn nun die meisten der damals angesprochenen Zukunftsfragen weiterhin relevant sind, dann ist eine Erinnerung an den Aufbruch von 89, die nur zurück schaut, verfehlt.

Das, was die oppositionellen Basisgruppen der 80er Jahre auszeichnete, war nicht irgendein Generalplan für die Revolution. Es waren zumeist junge Menschen, die sich zusammenfanden, um die anstehenden regionalen Probleme in den Kontext der globalen Herausforderungen zu stellen. Dann hat man nicht kapituliert, sondern ganz einfach und ungeschützt darüber gesprochen, was eigentlich – regional wie global – getan werden musste. Und zwar völlig unabhängig davon, ob oder wann man dies wirklich umsetzen könnte. Es ging darum, was angesichts der Situation notwendig und sinnvoll wäre, und nicht darum, was damals »realistisch« war. Ohne utopische Ansätze hätte sich unter den Bedingungen von Diktatur und Blockkonfrontation überhaupt kein freies politisches Denken entwickeln können. Der 89er Aufbruch war keine »utopiefreie Revolution«. Er hatte die Zukunft im Blick und die Verflechtung der eigenen Situation mit den weltweiten Problemen. Wenn wir daran erinnern, müssen wir zwar in den Rückspiegel schauen – aber nicht rückwärts fahren!

11 <http://oikoumene.net/home/regional/dresden/dmd.8/print.html> (Stand vom 30.05.2010).

12 <http://oikoumene.net/home/regional/dresden/dmd.3/print.html> (Stand vom 30.05.2010).

13 Dennis MEADOWS, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972.

14 Dies ist ein Begriff, den in der Zeit, um die es dabei geht, von den Menschen, die damit gemeint sind, niemand benutzt hat.

Wo sind heute die Räume, in denen junge Menschen tabufrei über die Herausforderungen der Zukunft sprechen können? Gibt es Foren, in denen darüber gesprochen wird, wie sich Demokratie und Nachhaltigkeit verbinden lassen? Gäbe es hier und heute die Freiheit, solche Gespräche auch dann fortzusetzen, wenn sich die Frage stellt, *ob* sich Demokratie und Nachhaltigkeit verbinden lassen? Vielleicht ist es aber weder ein besonderer Leidensdruck noch irgendeine politische Führungsfigur, die die notwendige Erneuerung bringt. Die Geschichte der länderübergreifenden und nahezu synchronen Freiheitsimpulse von 1968 und 1989 zeigt, dass auch ganz unerwartet ein gesellschaftliches Klima die Massen ergreifen kann und ein Aufbruch aus erstarrten Denkmustern möglich wird. Im Jahr 1989 hat die Ökumenische Versammlung in Dresden eine Utopie in Worte gefasst, die wenige Monate später in unglaublicher Weise Wirklichkeit geworden ist: »Wenn wir uns lösen wollen aus dem allgemeinen Trend der Anpassung, brauchen wir Gemeinschaften, in denen wir unsere Ängste benennen lernen und es zusammen wagen, aus äußeren Zwängen und materiellen Abhängigkeiten herauszutreten. Wir brauchen Gefährten bei der gemeinsamen Suche nach einem neuen Weg.«¹⁵

Eine Sprachvorschrift für das Volk?

Im Jahr 2009 haben wir den 20. Jahrestag der *Friedlichen Revolution* ganz groß gefeiert. Die allermeisten Ostdeutschen vermeiden aber bislang den Begriff »friedliche Revolution«. Sie sagen schlicht und einfach: *Wende*. Es ist absolut berechtigt, wenn Historiker sagen, dass der Wende-Begriff schwierig ist, weil Egon Krenz, also der damalige Exponent derer, die die Revolution hinweggefegt hat, den Prozess der Wende für sich reklamiert hat. Dies betraf aber nur wenige Tage im Oktober 1989. Wenn heute in der Bevölkerung von der »Wende« gesprochen wird, dann meint man den gesamten politischen Veränderungsprozess, also mindestens die Zeit von September 1989 bis Oktober 1990. Heute denkt kein Mensch mehr an Egon Krenz, wenn das Wort *Wende* fällt. Und darüber sollten wir froh und dankbar sein – anstatt den Menschen, die sich damals selbst befreit haben, in einer neuen Sprachregelung den Begriff »friedliche Revolution« aufzuzwingen. Das wird bestenfalls als Gängelei empfunden, viele erinnert es aber gerade an die DDR, als man nur zu Hause *Mauer* oder *Stasi* sagen durfte.

Ganz unabhängig davon, ob es gut oder richtig wäre, wenn die gesamte Bevölkerung bei allen Gelegenheiten »friedliche Revolution« sagen würde – wir sollten anerkennen, dass so etwas auch gar nicht möglich ist. Die Sprache des Volkes lässt sich nicht dekretieren. Die Politiker, Fernsehmoderatoren und Zeitungsautoren können das Wort *Wende* noch so lange unterdrücken; abends um elf am Stammtisch in der Gastwirtschaft wird auch in 20 Jahren niemand sagen »vor der friedlichen Revolution« und »nach der friedlichen Revolution«. Die Leute, die diese Revolution getragen haben, werden ihr Leben lang die Zeit einteilen in »vor der Wende« und »nach der Wende«. Wer ein anderes Ziel verfolgt, der sollte sich fragen, ob der Herbst 89 für Freiheit oder für Indoktrination steht.

15 <http://oikoumene.net/home/regional/dresden/dmd.35/print.html> (Stand vom 30.05.2010).

Man könnte nun meinen, die Historiker und Politiker auf der einen und das Volk auf der anderen Seite haben auch nach über 20 Jahren noch keine gemeinsame Sprache gefunden, wie denn das zu benennen sei, was eigentlich für die gesamte ostdeutsche Bevölkerung das zentrale und Identität stiftende Geschichtsereignis ist. Doch die Schere wurde erst im letzten Jahr ganz weit aufgerissen. Seit dem Jahr 2009 ist das Wort »Wende« nicht mehr politisch korrekt. So, als ob sich jemand diskriminiert fühlen könnte, wie wenn man heute »Tschechei«, »Zigeuner« oder »Neger« sagt (was übrigens in meinen Kindertagen noch niemand als diskriminierend gemeint oder empfunden hätte), so gehört nun auch das Wort »Wende« zu den Tabu-Wörtern der öffentlichen Medien. Wie oft habe ich es im letzten Jahr erlebt, dass bei Interviews Journalisten das Wort »Wende« im Halse stecken blieb, und sie schnell den Begriff »friedliche Revolution« nachgeschoben haben. Und was noch schlimmer ist: Ich habe selbst oftmals »friedliche Revolution« gesagt, wo ich eigentlich nur »Wende« sagen wollte. Aus Angst vor Debatten, die vom Freiheitsthema wegführen, habe ich mich dem Druck der offiziellen Sprachregelung gebeugt. Ich habe mich dann gefragt: Kann das wirklich sein; dass im Jahre 2009 mein eigenes Sprechen über Freiheit von Angst und Zwang bestimmt ist?

Was passiert hier eigentlich? Jeder politikwissenschaftlich halbwegs Gebildete weiß, dass der Unterschied zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung ein Kennzeichen von Diktaturen ist. Warum betreibt man gerade bei diesem Thema, wo es um unsere Freiheit geht, so viel Aufwand, einen Unterschied zwischen öffentlicher und veröffentlichter Wortwahl zu etablieren? Warum wird das wichtigste Geschichtsereignis, dass die Identität der Ostdeutschen mit dem Wert der Freiheit verknüpft, ganz gezielt von der Bevölkerung entfremdet? Liegt das wirklich nur an der Eitelkeit einer Handvoll Akademiker, die ihre wissenschaftlich und politisch korrekte Sprache der Allgemeinheit aufzwingen wollen?

So wenig die Zeitgeschichtler mit dem Wende-Begriff anfangen können, er hat einen entscheidenden Vorteil: Es gibt keine wissenschaftlichen Definitionen darüber, was eine Wende ist und was keine Wende ist. Der Wende-Begriff ist wunderbar offen. Darüber, ob die Ereignisse der Jahre 1989/90 durch die wissenschaftlichen Revolutions-Definitionen tatsächlich abgedeckt sind, wird es ewig Streit geben. Und das betrifft nicht so sehr den Aspekt der Gewaltfreiheit, sondern vor allem den Aspekt der gemeinsamen Ideen und Ziele. Viele meinen, eine Revolution ohne eine originäre und gemeinsame Idee über die angestrebte neue Ordnung ist keine Revolution.

Beim Nachdenken über die Wendezeit fällt mir immer wieder ein Begriff ein: Das Wort *Befreiung*. Schade nur, dass dieses Wort in der DDR so gründlich diskreditiert wurde. Es ist hierzulande leider beschädigt bzw. verbraucht. Aber der zentrale Aspekt der Wende ist der der Befreiung. Der Aufbruch von 1989 hatte zwar kaum gemeinsame Ziele und Ideen – aber die Massenbewegung war sich darin einig, was man *nicht* wollte. Es ging schlicht und einfach um eine Befreiung. Genauer: um eine Selbstbefreiung. Die Menschen hatten es allesamt satt, weiterhin entmündigt und gegängelt zu werden. Man wollte raus aus dem Land, das Rolf Henrich ganz zutreffend als den »vormundschaftlichen Staat« bezeichnet hatte, ohne dabei die Heimat zu verlassen – und ohne das eigene Land weiterhin einer korrupten Politbürokratie zu überlassen.

Ein Denkmal für die Freiheit?

Seit einigen Jahren gibt es die Idee für ein deutsches Freiheits- und Einheitsdenkmal. Man hört immer davon, wenn sich die Städte Berlin und Leipzig darüber streiten. Ob es nun verdoppelt oder halbiert werden soll, immer droht eine der Städte zu kurz zu kommen. Ganz davon abgesehen, dass Denkmale normalerweise zur Erinnerung aufgestellt werden. Zur Erinnerung an vergangene Personen oder Geschehnisse. Man weiß nun nicht, ob das Denkmal (oder die Denkmäler) dazu gedacht sind, die Menschen immer wieder daran zu erinnern, dass die Freiheit und die Einheit gegenwärtig sind, wir also nicht vergessen sollten, etwas draus zu machen. Oder scheut man sich nur vor den Begriffen *Befreiung* und *Vereinigung*, die man eigentlich meint? Ein Denkmal hierfür gibt es schon, man müsste es nur an den rechten Platz stellen.

In Leipzig steht seit über zehn Jahren auf dem Nikolaikirchhof die Replik einer Säule aus der Nikolaikirche. Sie steht hier als ein Denkmal für den 9. Oktober 1989. Dies ist eine geniale Idee von Andreas Stötzner, die so vieles Positive symbolisiert – die Öffnung der Kirchen und Eroberung des öffentlichen Raumes, die Freiheit und die Gewaltlosigkeit. Zudem ist sie ästhetisch unumstritten. In Leipzig war sie zunächst wenig angenommen worden, weil das Beleuchtungskonzept nicht ausgeführt und eine erklärende Tafel recht unschön gestaltet und versteckt aufgestellt wurde. Dennoch ist die Akzeptanz zunehmend, und gerade in der aktuellen Denkmalsdebatte wird von vielen auf die Nikolaisäule verwiesen.

Meine Idee ist nun, dass man nicht ein zweites Denkmal in Leipzig baut, sondern ein Leipziger Symbol nach Berlin bringt. Daher schlage ich vor, ein weiteres Duplikat einer Leipziger Nikolaisäule in Berlin aufzustellen – und zwar so, dass sie (die »Freiheitssäule«) mit der Siegessäule korrespondiert, auch oder gerade, weil sie mit einer ganz anderen Symbolik verknüpft ist. Sie müsste also – gegenüber der Siegessäule – auf der östlichen Seite des Brandenburger Tors (welches ja eigentlich schon selber ein Denkmal für die Einheit ist) aufgestellt werden. Da die Nikolaisäule wesentlich kleiner ist als die Siegessäule, müsste sie näher an das Brandenburger Tor heran – also auf die östliche Seite des Pariser Platzes (oder an den westlichen Anfang der Straße Unter den Linden, auf den Mittelstreifen). Wenn die Leipziger Nikolaisäule gemeinsam mit dem Brandenburger Tor wahrgenommen werden kann, ist dies ein »Denkmal für Freiheit und Einheit«, weil die Nikolaisäule die Freiheit und das Brandenburger Tor die Einheit symbolisiert. Ein weiterer Reiz ist auch der, dass die Nikolaisäule zwar an neuere Geschichte erinnert, aber keine moderne Architektur ist, die im architektonischen Umfeld des Brandenburger Tores fremd wirken könnte.

Mit der Nikolaisäule vorm Brandenburger Tor wäre dem Gedanken, dass die Freiheit vor der Einheit (und der 9. Oktober vor dem 9. November) kam, gut Rechnung getragen. Und auch das Leipziger Interesse, dass die Bedeutung Leipzigs für das ganze Land gewürdigt werden soll, ist so wohl besser aufgefangen als mit einem weiteren Denkmal in Leipzig.

Eigentlich geht es heute nicht nur darum, dass wir im Westen seit 65 Jahren und im Osten seit 20 Jahre Freiheit haben. Es muss vielmehr darum gehen, was wir aus dieser Freiheit gemacht haben und was wir daraus machen. Die entscheidende Frage ist, ob wir die großartigen Chancen angemessen nutzen.

